

# Flüchtlinge nach Einöd

## Gemeinderat billigt Beham-Pläne

VON CLARA WILDENRATH

**Dietramszell** – „Als Gemeinde müssen wir froh sein um jede private Unterkunft für Asylbewerber.“ Dies sei nämlich der einzige Weg, eine Belegung der Turnhalle zu vermeiden. Das betonte Bürgermeisterin Leni Gröbmaier in der Gemeinderatssitzung. Es war nicht das erste Mal, dass sie so argumentierte.

Ebenfalls nicht zum ersten Mal protestierten Anwohner gegen entsprechende Vorhaben in ihrer Nachbarschaft. In Baiernrain hatte Landwirt Josef Hainz nach eigener Aussage 131 Unterschriften gesammelt, und zwar „für ein akzeptables Verhältnis von Einwohnern zu Emigranten von 40: 1“, wie er in der Bürgerfrageviertelstunde erklärte. Sollten 30 überwiegend männliche Flüchtlinge im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Firma Wiedenbauer untergebracht werden, wäre für die 210 Baiernrainer Bürger „freie Bewegung zu jeder Tages- und Nachtzeit ad acta gelegt“. So hat er in einem Brief an Landrat Josef Niedermaier formuliert, den Kreisrat Josef Eichner diesem kürzlich überreicht hatte. Kinder und Frauen bräuchten „ständigen Geleitschutz“.

Gröbmaier versicherte Hainz, dass die Gemeinde bei privaten Objekten kein Mitspracherecht hinsichtlich der Belegungsstärke habe. Deshalb fordert dieser „wenigstens eine ausreichende Straßenbeleuchtung“ in Form von mindestens zehn Laternen. „Das werden wir prüfen“, versprach Gröbmaier.

Auch im nur rund 50 Einwohner zählenden Ortsteil Einöd sollen 24 Asylbewerber untergebracht werden. Und

auch dort hat ein Anwohner Unterschriften gesammelt. Dennoch stimmte der Gemeinderat dem Antrag von Valentin Beham auf Nutzungsänderung seines inzwischen geschlossenen Gasthofs mit großer Mehrheit zu. Die dafür notwendigen baulichen Veränderungen betreffen im Wesentlichen die Trennung der Privaträume von den vermieteten Zimmern. Um das Zusammenleben in dem Weiler – ebenso wie in Baiernrain – problemloser zu gestalten, bestand Dritter Bürgermeister Josef Hauser (FW) darauf, dass sich die Gemeinde beim Landratsamt für die Zuteilung von Familien einsetzen solle. „Es ist berechtigt, dass man Wünsche anbringt“, stimmte Gröbmaier zu. Eine Garantie, dass dem entsprochen werde, gebe es jedoch nicht.

Für rund 50 Flüchtlinge will ein privater Investor Wohnraum in einer Gewerbehalle an der Mangmühle in Ascholding schaffen. Doch deren Bau verzögert sich noch, wie Planer Robert Beham darlegte: Die Gemeinde hatte die notwendige Änderung des Flächennutzungsplans ohne Umweltbericht ausgehängt. Dieser sei aber ein zwingender Bestandteil, bemängelte das Landratsamt. Deshalb muss die öffentliche Auslegung wiederholt werden. „Das kostet unnötig Zeit und Geld“, kritisierte Gemeinderat Stephan Ailler (CSU).

Wie Bauamtsleiterin Elisabeth Schelle erklärte, könne der Teil des Bebauungsplans, der die Asylunterkunft betreffe, aufgrund einer Ausnahmeregelung aber auch ohne Flächennutzungsplan genehmigt werden.